



Wohnungsbauprogramm in Eimsbüttel Bezirksversammlung setzt eigene Akzente

Die Bezirksversammlung Eimsbüttel hat am 15. Dezember das Wohnungsbauprogramm für die kommenden Jahre beschlossen. Im Wohnungsbauprogramm werden Potentialflächen genannt, die für eine Wohnbebauung grundsätzlich in Betracht kommen. Dabei wird unterschieden zwischen den möglichen Flächen, die in der noch laufenden Periode der Bezirksversammlung bis 2013 realisiert werden könnten bzw. Planrecht geschaffen werden könnte und weiteren Flächen für die Folgejahre.

Bereits in den vergangenen Jahren hatte sich der Bezirk immer wieder bemüht, Wohnraum zu schaffen. Daher konnte Eimsbüttel auch ohne Wohnungsbauprogramm und ohne Senatsankündigung in 2011 Genehmigungen für insgesamt 918 Wohnungen erteilen - 218 mehr, als künftig jährlich vorgesehen sind.

Wer die Stadtplanungspolitik in Eimsbüttel verfolgt hat, wird feststellen: Im Wohnungsbauprogramm fin-

det sich vieles wieder, was bereits längst angeschoben wurde: Z.B. die Süderfeldstraße oder der Behrmanplatz in Lokstedt. Auch Flächen wie der Hogenfelder Kamp und die Peter-Timm-Straße in Schnelsen sowie der Spannskamp in Eidelstedt, die als städtische Flächen zur Finanzierung des Hamburger Anteils für den Deckel in Stellingen und Schnelsen bereits durch Senatsbeschluss vorgesehen sind.

Behutsam nachverdichten

Im bereits eng bebauten Kerngebiet mit den Stadtteilen Eimsbüttel, Hoheluft-West, Harvestehude und Rotherbaum sind überwiegend nur kleinere Flächen für eine angepasste Nachverdichtung identifiziert worden. Als ausdrückliche Leitlinie wurde formuliert: Nachverdichtung soll qualitativ und verträglich sein.

Der Verwaltungsvorschlag zum Wohnungsbauprogramm knüpft an die

Bezirkspolitik der vergangenen Jahre an, die von SPD und GAL verantwortet wurde. Es wurden Flächen benannt, die nicht bebaut werden sollten, so genannte Restriktionsflächen. Dazu gehören u.a. Flächen im Landschaftsschutzgebiet, im Fluglärmbereich, Ausgleichsflächen, Parkanlagen und Spielplätze. Daher wurde die Anregung der Senatsbehörden, das Gebiet des Senatsplans Schnelsen 79 ins Programm aufzunehmen, ausdrücklich abgelehnt. Diese Freifläche will der Bezirk erhalten. Zudem wurde die Fläche Willinks-Park aus dem Programm gestrichen.

Hinweise auf notwendige begleitende Infrastrukturmaßnahmen sind im Programm ebenso enthalten, wie die Beschreibung der Notwendigkeit der Berücksichtigung des demografischen Wandels. Ziel ist es, nicht nur kurzfristig Wohnraum zu schaffen, sondern auch für die kommenden

**Fortsetzung
„Wohnungsbauprogramm in
Eimsbüttel“ auf Seite 3**

Inhalt

Wohnungsbauprogramm in Eimsbüttel	S. 1
Neustart am Isebek	S. 2
Kommentar zum Wohnungsbauprogramm	S. 4
Schulentwicklung in Eimsbüttel	S. 4
Interview mit Frau Lucks	S. 5
Freiflächenkonzept Lokstedt und Stellingen	S. 6
Fairetrade in Eimsbüttel	S. 7
Bebauungsplan Schnelsen 79	S. 7
Fahrradstation in Eimsbüttel	S. 8
Willinks Park in Niendorf	S. 8
Wird nicht bebaut.	S. 8

GAL initiiert Pflege- und Entwicklungskonzept

Bäume, Bauvorhaben und Bürgerbegehren – das Isebek-Ufer war über Jahre hinweg Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Nun soll der Grünzug im Bereich zwischen Weidenstieg und Hoheluftchaussee als Park ausgewiesen werden. Ein wichtiger Schritt, um die Kontrahenten zu versöhnen.

Den Impuls für einen Neustart am Isebek lieferte im September die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU): In einer Stellungnahme sprach sie sich für die Grünwidmung der Anlage aus, so wie es das Bürgerbegehren „Hände weg vom Isebek“ gefordert hatte, das von der Bezirksversammlung 2009 angenommen wurde. Der Bezirk nahm das zum Anlass, den ökologisch wertvollen Ufergehölzsaum vom Verwaltungsvermögen Tiefbau ins Verwaltungsvermögen Stadtgrün zu übertragen. Auf den ersten Blick eine Formalie, doch tatsächlich wurden so alle Befürchtungen zerstreut, das Ufer könnte zweckentfremdet werden. Aus Sicht der GAL lässt sich der administrative Schutz des Ufers noch optimieren: „Wir wünschen uns, dass das Kaifu ins hamburgische Biotopverbundsystem aufgenom-

Uferschutz optimieren

men wird“, sagt Thorsten Büchner, umweltpolitischer Sprecher der GAL-Bezirksfraktion. „Dies war eine Teilerforderung des Bürgerbegehrens, die die Politik mit übernommen hat.“ Eine entsprechende Entscheidung der BSU steht aus.

Doch auch die Eimsbüttler Kommunalpolitik hat das ihre getan, um den Isebek-Park voranzubringen. Auf Initiative der GAL haben die Koalitionsparteien gemeinsam mit der CDU in der Bezirksversammlung beantragt, ein Pflege- und Entwicklungskonzept aufzulegen. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Grund: Am Isebek gibt es viele Nutzungskonflikte, die miteinander vereinbart werden müssen. Etwa zwi-

schen Grillern und Anwohnern, zwischen Wassersportlern und der Natur oder zwischen Radlern und Fußgängern. Letztere sind wegen des Zustands des oft verschlammten Fußwegs immer wieder gezwungen, auf den Radweg auszuweichen. Der



Natur- und Freizeitraum: Das Isebek-Ufer ist seit Jahren umstritten. Foto: Bernd Strzl/PIXELIO

aber ist als Veloroute eine echte Hochgeschwindigkeitsstrecke. Potenziell konfliktuell ist auch das Verhältnis zwischen Verwaltung und Naturschutz. So gibt es seitens der Isebek-Initiative oft Kritik an baumpflegerischen Maßnahmen, etwa wenn die Bäume am Ufer aufgeastet werden. „Die Kritik ist verständlich“, sagt Büchner. „Gerechtfertigt ist sie allerdings nicht, denn wir haben eine Verwaltung, die ihre Verkehrssicherungspflicht sehr ernst nimmt. Und auch wenn aufgeastet wird, weil nur so Müll aus dem Wasser abgefischt werden kann, ist das im Sinne der Natur.“ Dennoch, könne ein Pflegekonzept dazu beitragen,

kommunale Aufgaben und ökologische Notwendigkeiten miteinander zu vereinbaren. Strittige Themen würden so vorab geklärt.

In ihrem Antrag haben SPD, Grüne und CDU gefordert, nicht nur die Naturschutzverbände an der Ausarbeitung des Pflegekonzepts zu beteiligen, sondern auch die Bürgervereine und die Isebek-Initiative. „Dies entspricht unseren Vorstellungen, Bürgerbeteiligung breit anzulegen“, heißt es aus der GAL. Zudem sei man sich bewusst, dass es gerade im Umfeld der Bürgerinitiative großes Expertenwissen gäbe, das man abrufen sollte.

Bevor das Pflege- und Entwicklungskonzept ausgearbeitet wird, soll

Bürgerbeteiligung ernstnehmen

noch gutachterlich geklärt werden, welchen konkreten naturräumlichen Wert das Ufer hat und in welchem Maß es als Freizeit- und Erholungsraum genutzt wird. „Für alle Maßnahmen brauchen wir verlässliche Informationen“, sagt Thorsten Büchner: „Welche Pflanzen wachsen dort, und wo genau? Welche Tierarten finden an welcher Stelle Unterkunft oder Nahrung? Wie viele Fußgänger und Radler passieren täglich das Ufer – und an welchen Wochentagen?“ In den vergangenen Jahren hätten alle Konfliktparteien immer mit schwer nachprüfbareren Daten operiert. So aber ließe sich gewährleisten, dass man wisse, worüber man rede. Büchner: „Von Politik und Verwaltung wird zu Recht erwartet, dass sie aufgrund belegbarer Informationen handeln. Genau das haben wir vor.“

Fortsetzung „Wohnungsbauprogramm in Eimsbüttel“ von Seite 1

Jahrzehnte erkennbare Bedarfe und Stadtteilstrukturen zu schaffen. Mit einem eigenen Antrag haben SPD und GAL aber noch eigene Akzente für das Wohnungsbauprogramm



In die Luft nachverdichten: Niedrige Gewerbebauten lassen sich hier durch mehrgeschossigen Wohnungsbau ersetzen

Foto: Volker Bulla

gesetzt. Die Maßnahmen des Wohnungsbauprogramms und die entsprechenden ergänzenden Informationen sollen im Internet für alle zugänglich veröffentlicht werden. Dies wird gerade im Vorfeld des 2012 für Eimsbüttel geplanten Treffens von Verwaltung und Kommunalpolitik mit den Bürgerinitiativen („Entschuldungsinitiative“) Transparenz ermöglichen. Der Bezirk hat sich verstärkte Bürgerbeteiligung als Aufgabe gesetzt. Erfreulicherweise haben die Vertreter von Investoren und der Wohnungswirtschaft auf der

Sozialen Wohnungsbau forcieren

Wohnungsbaukonferenz sich für frühzeitige und umfassendere Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Die Frage, wo im Bezirk geförderter Wohnungsbau geschaffen wird, soll im Stadtplanungsausschuss diskutiert werden. Ziel ist es, auch im Kernbereich sowie in den Urbanisie-

rungszonen geförderten Wohnungsbau in Bauvorhaben und die Stadtteile zu integrieren. Im laufenden Bebauungsplanverfahren am Behrmanplatz ist das Verfahren durch SPD und GAL derzeit ausgesetzt worden, um einen Mix von frei finanziertem und öffentlich gefördertem Wohnungsbau zu gewährleisten. Auf

der Wohnungsbaukonferenz zeigte ein Referent für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt München, wie es dort gelingt, so eine Mischung zu ermöglichen. In Eimsbüttel werden in den kommenden Jahren 2700 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Diese enormen Verluste lassen sich nicht allein durch Neubauvorhaben ausgleichen. Hier ist der Senat gefordert, das vorhandene Instrument des Ankaufs von Wohnungsbindungen verstärkt zu nutzen. Notwendig ist es, auch im Bestand sozialen Wohnungsbau zu erhalten. Die naturschutzrechtlichen Belange sollen frühzeitig im Verfahren erörtert und untersucht werden. Der Bezirk hatte hier abweichend von den Verfahren anderer Bezirke die Naturschutzverbände um eine erste Stellungnahme gebeten. In Eimsbüttel gibt es gerade im Kerngebiet ein Defizit an Freiflächen. Eimsbüttel ist der

Bezirk mit den geringsten Flächenpotentialen. Daher gilt es, die naturschutzrechtlichen Belange in den anstehenden Planungsverfahren intensiv abzuwägen. Positiv ist, dass im B-Planverfahren Lokstedt 62 (Süderfeldstraße) und durch die Deckel über die A7 neue öffentliche Grünflächen entstehen werden. Die Deckelverwertungsflächen in Schnelsen dagegen scheinen naturschutzrechtliche Belange in nicht unerheblichen Maße zu berühren. Durch den Senatsbeschluss für den Deckel sind hier Bindungen eingetreten, aber möglicherweise können im weiteren Verfahren noch im Detail Veränderungen stattfinden. Im Programm selbst und auch auf der Wohnungsbaukonferenz in Eimsbüttel stand die Qualitätsdiskussion im Mittelpunkt. Alle Akteure bekundeten, dass es nicht darum geht, nur Masse zu schaffen. Freiraumqualitäten, Qualitäten für den Stadtteil, Auswirkungen auf die Infrastruktur sind im Programm angesprochen. Formuliert wurde als Leitziel: Nachverdichtung soll mit neuen städtebaulichen Qualitäten wie etwa Wohnumfeldverbesserungen verbunden werden. Nachverdichtung soll mit einer Stärkung der Infrastruktur einhergehen.



An der Süderfeldstraße in Lokstedt sollen auf einer nicht mehr genutzten Gewerbefläche Wohnungen und eine öffentliche Grünfläche entstehen

Foto: Volker Bulla

*Wohnungsbauprogramm online:
www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel*

Volker Bulla ist Sprecher für Stadtplanung der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Kommentar zum Wohnungsbauprogramm Eimsbüttel von Stefanie Könnecke

Wohnraum als Heimat

In der Bezirksversammlung im Dezember wurde mit den Stimmen von SPD und GAL und das Eimsbüttler Wohnungsbau-Programm beschlossen. Dabei wurden von der Bezirksverwaltung ca. 100 Flächen identifiziert, auf denen 700 neue Wohnungen erbaut werden sollen. 30 Prozent davon als geförderter Wohnungsbau. Dies ist ein Teil der Sollerfüllung der neuen 6000 Wohnungen jährlich, die der SPD-Senat versprochen hat.

Es ist gut, neue Wohnungen zu bauen. Es ist auch gut, neue Wohnungen zu bauen, die bezahlbar sind. Doch machen wir uns nichts vor: Das Eimsbütteler Kerngebiet ist eine der am dichtesten besiedelten Flächen in ganz Deutschland. Die Menschen ziehen nicht nach Eimsbüttel, weil die Mieten hoch und die Wohnungen klein sind, sondern weil es ein lebendiger Stadtteil ist. Menschen begegnen sich, fühlen sich hier zu Hause. Es gibt nachbarschaftliche Strukturen und gute Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, Kinderbetreuung aber

auch Möglichkeiten zum Einkaufen oder Ausgehen. Kleine und größere Kulturinstitutionen liegen oft nur ein paar Schritte oder ein paar Bushaltestellen entfernt.

Doch die meisten neuen Wohnungen werden nicht im Kerngebiet entstehen, sondern in den Urbanisierungszonen oder am Stadtrand. Und dort sind die Begegnungsmöglichkeiten sowie die Infrastruktur, die großstädtisches Leben ausmacht, eingeschränkter als im Kerngebiet. Auch wenn Einkaufsmöglichkeiten durch die Zentren Tibarg, Frohmestraße, Stelling Hof oder im Eidelstedter Centrum vorhanden sind, fehlt vielerorts die kulturelle Infrastruktur. Um am Kulturangebot teilzuhaben, verlassen die Menschen den Stadtteil. Allein für einen Kinobesuch muss man in die Stadt fahren. Sub- oder Hochkultur findet nur in Ausnahmefällen statt. Auch die Angebote der Stadtkultur sind beschränkt. Wenn wir nun - wie wir es mit dem Beschluss für Eimsbüttel anstreben - 700 neue Wohnungen im

Bezirk bauen wollen, müssen wir uns auch mit der Frage auseinandersetzen, wie sich die Menschen, die hierher kommen sollen, auch zu Hause fühlen können. Das geht nicht von selbst. Das erfordert Angebote, die ein nachbarschaftliches Miteinander fördern. Wir brauchen Stadteinrichtungen und Stadtkulturzentren, die Strukturen schaffen und den Menschen über ihren Alltag mit Arbeit, Schule und Familie hinaus Inspiration und Heimat geben.

Bestehende Einrichtungen der Stadtkultur, aber auch der Jugendhilfe sind auszubauen und weiterzuentwickeln. Wir dürfen nicht den Fehler der Siebzigerjahre wiederholen und Wohnsiedlungen für den Feierabend ohne Inspiration und Identität bauen. Grüne Stadtentwicklung muss auf die Bedürfnisse der Menschen nach Kultur, nach Freude und Spaß eingehen. Und dazu bedarf es mehr als nur neue Wohnungen.

Stefanie Könnecke ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Der Entwurf des Senats für einen Schulentwicklungsplan (SEPL) liegt vor.

Schulentwicklung in Eimsbüttel

Eine bessere Qualität sollte stets die zentrale Zielvorgabe bei Schulentwicklung sein.

Wer Antworten hierzu im vorliegenden Entwurf des Schulentwicklungsplans erwartet, sucht vergeblich. Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) beschränkt sich darauf, Schulentwicklung als Standortplanung zu definieren. Vorhandene und prognostizierte Schülerzahlen werden abgeglichen mit vorhandener Gebäudesubstanz. Es geht also um ein Programm zur Unterbringung von Schülerinnen und Schülern, nicht um pädagogische Perspektiven. Schulpolitik ist immer auch Sozialpolitik. Wer Stadtteile entwickeln will,

muss Vorstellungen davon haben, wie Bildung und Schule vor Ort gestaltet werden sollen. Gerade bei den großen Themen Ganztage und Inklusion (Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten der Menschen mit Behinderung) zeigt sich die soziale Bedeutung schulischer Entwicklung. Die Kooperation von Schulen, Kitas, Horten, Jugendhilfe und Sportvereinen spielt bei der Gestaltung von Ganztagsangeboten eine wichtige Rolle. Sie zu unterstützen ist eine wichtige Aufgabe der Regionalen Bildungskonferenzen. Jedoch müssten

die Vorgaben für Ganztage und Inklusion in einem Schulentwicklungsplan sichtbar werden. Zu Inklusion gibt der Plan des Senates nichts her, zum Ganztage gibt es lediglich lapidare Hinweise, ohne die damit verbundenen planerischen Perspektiven ausreichend zu benennen.

Die Modellversuche einer gemeinsamen Beschulung von Klasse 1 bis 6 an der Rellinger Straße und an der Vize-Linstraße werden in der Planung des Senates schon jetzt als gescheitert betrachtet, bevor die Versuche beendet und evaluiert worden sind.

Begrüßenswert ist die Entscheidung, in Eimsbüttel ein weiteres Gymnasium zu gründen. Es gab Forderungen, doch besser eine neue Stadtteilschule einzurichten, da es ja bereits drei Gymnasien auf engstem Raum gebe. Obwohl die GAL programmatisch gemeinsames Lernen, also eine Schule für alle, unterstützt, macht es wenig Sinn, an der Nachfrage der Eltern vorbei noch eine Stadtteilschule einzurichten. Allerdings müssen sich auch die Gymnasien pädagogisch weiterentwickeln und damit ihrer großen Beliebtheit bei Eltern und Schülern gerecht werden. Die Bezirksversammlung hat eine interfraktionelle Stellungnahme erarbeitet. Neben den hier bereits aufgeführten Punkten werden Planun-

gen zum Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium und zur Grundschule Vizelinstraße problematisiert. Beim EWG fehlt eine klare Perspektive für dringend benötigte Zubauten; die Formulierung im SEPL, es sei notwendig, gemeinsam mit dem Bezirk „kreative Lösungen in der Umgebung zu finden“, ist nicht zielführend. Die GAL setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der erforderlichen Sanierung und Neugestaltung der Sportfläche an der Gustav-Falke-Straße auch eine Lösung für die Erweiterung des Gymnasiums gefunden wird. Die Schule Vizelinstraße ist trotz großer Wohnungsbauvorhaben in der unmittelbaren Umgebung weiterhin nur zweizügig geplant. Zubaubedarf wird im Entwurf des

SEPL nur an der Grundschule Döhrnstraße prognostiziert. Damit ging der Senat a priori davon aus, dass die einkommensstarke Klientel ihre Kinder nicht an der Vizelinstraße anmelden wird, sondern an der Döhrnstraße. Die Stellungnahmen der BV und der Schule haben bewirkt, dass nun die Frage, wo zugebaut werden soll, im SEPL offen gelassen wird. Um den Standort Vizelinstraße zu stärken, hat die GAL eine parteiübergreifende Initiative angeregt, in der gemeinsam mit der Schule, Kitas und anderen Institutionen ein Konzept zur Werbung für die Schule entwickelt wird.

Andreas Reichel ist schulpolitischer Sprecher der GAL-Fraktion Eimsbüttel

Andreas Reichel im Gespräch mit Dagmar Lucks, Leiterin der Grundschule Vizelinstraße

„Unsere Schule hat alles, wovon Eltern träumen“

Grün aktuell: *Frau Lucks, Sie sind seit fünf Jahren Schulleiterin an der Vizelinstraße. Sie haben gemeinsam mit einem guten Team ein überzeugendes pädagogisches Angebot entwickelt. Trotzdem sind Sie unzufrieden. Warum?*



Leitet ein Team aus Lehrern, Sonderpädagogen und Erziehern: Schulleiterin Dagmar Lucks

Foto: Archiv

Dagmar Lucks: Wir liegen mit unserer Schule in einem sozial gemischten Einzugsbereich. Wir haben auf der einen Seite die Lenzsiedlung, einen sozialen Brennpunkt, auf der anderen Seite traditionelle Lokstedter Reihen- und Einzelhausbebauung, also eine eher mittelständische Klientel. Diese wird gestärkt durch die Neubauvorhaben in der näheren Umgebung. Unsere Schule wird aber fast ausschließlich von Kindern mit Migrationsgeschichte besucht. Wir haben relativ viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Bildungsbewusste Eltern schicken ihre Kinder vorwiegend zu benachbarten Schulen. Dadurch entsteht

eine Disparität, die weder für die Schulen noch für den Stadtteil gut ist.

Worin besteht das besondere Profil Ihrer Schule?

Wir sind eine Ganztagschule von Klasse 1 bis 6 mit Vorschulklassen. Wir arbeiten mit individualisierten Lernplänen und haben jahrgangsübergreifende Kurse im Nachmittagsbereich. Wir bieten ab Klasse 5 eine zweite, ab Klasse 6 eine dritte Fremdsprache an. Wir kooperieren eng mit weiterführenden Schulen, so haben wir in Klasse 5 und 6 auch Lehrerinnen und Lehrer aus dem Corvey-

Gymnasium und aus der Stadtteilschule Stellingen. Unser Ganztagsangebot kann sich sehen lassen: Wir bieten technische und natur-

wissenschaftliche Forschungsprojekte an, sowie Technikkurse. Wir fördern die musische Erziehung durch JEKI (Jedem Kind ein Instrument) und das Lesen durch Lesementor e.V. sowie die Kooperation mit der Buchhandlung Stories. Wir sind dabei, eine umfangreiche Bibliothek aufzubauen. Unsere Schule hat alles, wovon Eltern träumen.

Wie ist die Schule mit Personal ausgestattet?

Wir haben ein junges, engagiertes Team, einen Mix aus Lehrern, Sonderpädagogen und Erziehern. Rund 70 Prozent der Unterrichtsstunden sind doppelt besetzt. Eine Sozialpädagogenstelle, die uns zu steht, wird hoffentlich bald besetzt.

Wie kann die Kommunalpolitik Sie unterstützen?

Ich kann mir vorstellen, dass die BV einen Beitrag dazu leisten kann, die Schule und ihr besonderes, für alle Eltern attraktives Profil bekannter zu machen.

Freiraumkonzept Lokstedt und Stellingen

Für die beiden Stadtteile Lokstedt und Stellingen hat der Bezirk Eimsbüttel ein Freiraumkonzept in Auftrag gegeben. Dieses liegt nun vor und liefert den Eimsbütteler Kommunalpolitikern in Bezirk und Regionalausschüssen jede Menge Anregungen.

Die positiven Seiten der beiden Stadtteile aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Dies ist das Ziel einer bezirklichen Initiative für Stellingen und Lokstedt. Mit der Forderung nach mehr Wohnraum verbunden ist nicht nur die Frage, wo konkret die Wohnungen gebaut werden, sondern auch, wie die Menschen, die dort leben sollen, ausrei-

le sind. Der zweite grüne Ring aus dem Leitbild Grünes Netz Hamburg verläuft durch Lokstedt. Um die grünen Räume in Eimsbüttel mehr zu verbinden, wurde der Stadtpark Eimsbüttel angelegt. Den Herausforderungen des Klimawandels muss sich auch Eimsbüttel stellen. Bäume müssen jetzt gepflanzt werden, um in Zukunft Schatten zu spenden.



Von Naturschützern und der Eimsbütteler Kommunalpolitik gerettet: Der Wald im Lokstedter Willinks-Park bleibt, was er ist. Wohnungsbau wird hier nicht stattfinden
Foto: Archiv

chend Grünflächen in ihrer unmittelbaren Nähe vorfinden.

Die Nutzung der Freiflächen ist durchaus unterschiedlich. Ruhige Erholungsräume stehen dabei im Widerspruch zur Natur als Sportfläche. Lokstedt und Stellingen verfügen über vielfältige, aber unterschiedliche Grünflächen. Neben dem Tierpark Hagenbeck gibt es hier den Von-Eicken- und den Amsinck-Park, die auch einen hohen kulturellen Wert darstellen. Sportflächen, Straßenbäume und das Grün in den Gärten trägt auch dazu bei, dass Lokstedt und Stellingen in der Wahrnehmung der Bürger grüne Stadttei-

Auch das Wasser muss in das Konzept einbezogen werden. Kennzeichnend für Lokstedt und Stellingen sind schließlich die vielen kleinen Bäche, die mit der Kollau verbunden sind. Darüber hinaus sind Maßnah-

men zur Rückhaltung des Regenwassers zu treffen, um Überschwemmungen vorzubeugen. Das vorliegende räumliche Leitbild umfasst fünf Leitstrategien. Aus diesen Strategien werden Handlungsfelder abgeleitet, die anschließend die Grundlage für die konkrete Projektentwicklung sind. Dazu gehört der Stichpunkt „Mehrfachcodieren“. Hier ist angedacht, mehr als eine Nutzungsmöglichkeit für eine öffentliche Fläche zu haben. So könnten Straßen zeitweilig gesperrt werden oder für Regenrückhaltebecken eine Freizeitnutzung entwickelt werden. Der Punkt „Erlebbar machen und entgrenzen“

setzt sich unter anderem dafür ein, Gestaltungsideen für den Stadtpark Eimsbüttel umzusetzen. Zu diesem Aspekt gehört auch, dass die Gewässer wieder naturnah gestaltet werden sollen. Naturschutz und Stadtgestaltung sowie Hochwasser- und

„Blinde Flecken aktivieren“

Klimaschutz müssen kombiniert werden. „Blinde Flecken aktivieren“ kann bedeuten, Brückenunterführungen für Freiraumaktivitäten zu nutzen. So könnte der Raum unter der Autobahnbrücke am Binsberg als Skate-Anlage Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Für mehr Vielfalt steht auch der Punkt „Wege bereiten“. So sollen Wegebeläge und Wegebreiten unterschiedliche Nutzungen zulassen. Gefördert werden soll auch die Attraktivität der Straßen für Fußgänger und Fahrradfahrer. Als letzter Punkt soll die „Koppelung“ dafür sorgen, dass die Stadtplanung die Konzepte der Freiraumnutzung gleich zu Beginn ihrer Planungen berücksichtigt. Freiräume sollen bei der Aufstellung von Bauungsplänen Teil der Gesamtmaßnahme werden, so dass auf diesem Weg auch Klimaschutzziele erreicht werden können.

Die Realisierung dieser Ideen wird Zeit in Anspruch nehmen. Teilweise ist zu prüfen, ob eine Umsetzung möglich ist, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Finanzierung gesichert sein muss. Denn die Mittelknappheit zwingt Verwaltung, Politik und die Beteiligten vor Ort, zu prüfen, welche Vorschläge sich tatsächlich realisieren lassen.

Simone Hentze-Orlikowski ist GAL-Sprecherin im Regionalausschuss Niendorf/Schnelsen/Lokstedt

Fair Trade in Eimsbüttel

Bezirk soll Vorreiter werden

Hamburg ist seit dem 27. Mai 2011 zunächst für zwei Jahre „Fair-Trade-Stadt“, das bedeutet, dass Hamburg den fairen Handel unterstützt. Um diesen auch lokal zu unterstützen, hat die GAL-Fraktion im November einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, der Fair Trade auch in Eimsbüttel stärkt.

Fair Trade steht für angemessene Preise für die Produzenten, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie die Einhaltung von Umweltstandards. Menschen sollen mit ihrer Arbeit so viel verdienen, dass sie davon leben können und ihre Familie ernähren können. Auf Grund der ungerechten Wirtschaftsstrukturen ist dies für viele Menschen trotz harter Arbeit nicht möglich. Durch den fairen Handel werden andere Strukturen geschaffen, die für mehr Gerechtigkeit sorgen sollen. Dabei geht es nicht nur um die Zahlung eines garantierten Mindestpreises, sondern um die Unterstützung der lokalen Wirtschaft. So schließen sich Bauern zu demokratischen Genossenschaften zusammen und erhalten zusätzlich die Fair Trade-Prämie, die sie für soziale Projekte nutzen können oder in die Infrastruktur investie-

ren können. Soziale Arbeitsstandards, die für uns selbstverständlich sind, werden durch den Fair Trade gefördert. Zusätzlich wird die Umstellung auf biologische Landwirtschaft gefördert. Die fair gehandelten Produkte werden von speziellen Händlern vertrieben. Dazu gehören Importfirmen wie GEPA und EL PUENTE. GEPA achtet z.B. darauf, dass die Wertschöpfung bei der Produktion so weit wie möglich im Ursprungsland stattfindet. Diese ressourcenschonende Produktion kommt somit allen zu Gute. Die Konsumenten spielen hier eine entscheidende Rolle. Durch ihr Kaufverhalten bestimmen sie mit, welchen Stellenwert die fairen Handels- und Arbeitsbedingungen haben. Je mehr Menschen sich für fair gehandelte Produkte entscheiden, desto fairer geht es im Welthandel zu.

Zahlreiche Produkte werden nicht nur zu Hause konsumiert. Aus diesem Grund hat die GAL-Fraktion Eimsbüttel den Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, dass in der Kantine und bei der internen Beschaffung fair gehandelte und biologische Produkte nach Möglichkeit Vorrang eingeräumt wird. Auf diese Weise wird Eimsbüttel Vorreiter auf diesem Gebiet. Auch bei der Herstellung von IT-Produkten kommt es zur Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie zu einer gesundheitlichen Gefährdung. Deshalb ist die Verwaltung durch den Beschluss aufgefordert worden, bei der Beschaffung von Bürokommunikationsmitteln soziale- und umweltfreundliche Produkte zu bevorzugen. Auf die Rückmeldung der Eimsbütteler Verwaltung im Mai dieses Jahres, die wir ebenfalls in unserem Antrag gefordert haben, sind wir gespannt und verfolgen das Thema weiterhin.



Simone Hentze-Orlikowski verteilt fair gehandelten Kaffee.

Foto: Archiv

Simone Hentze-Orlikowski ist wirtschaftspolitische Sprecherin der GAL-Fraktion Eimsbüttel

Bebauungsplan Schnelsen 79 An einem Strang

Am 5. November gab es einen gemeinsamen Informationsstand aller Parteien und der Bürgerinitiative Schnelsen 79 in der Frohmestraße. Protestiert wurde gegen den Plan des Senats, hier zu bauen.

Die Reaktion der Bürger war interessant. Manche fragten sich, ob nun bald wieder Wahl sei. Dann jedoch realisierten sie, dass dort alle Parteien zusammenstanden. Das sorgte für noch mehr Verwirrung. Die Meinungen schwankten zwischen dem Entsetzen, dass sich alle einig sind, bis hin zu der Aussage, dass es schön sei, wenn es zu einem bestimmten Thema auch Einigkeit gibt. Warum die



VertreterInnen aller Parteien der Bezirksversammlung Foto: Simone Hentze-Orlikowski

Bürger ihre Unterschrift gegen Schnelsen 79 lieber der einen Partei und auf keinen Fall der anderen gaben, bleibt mir ein Rätsel. Fest steht, dass wir mit dieser Aktion darauf aufmerksam gemacht haben, dass Kommunalpolitiker an einem Strang ziehen, wenn es gilt, wichtige Dinge durchzusetzen.

Simone Hentze-Orlikowski ist GAL-Sprecherin im Regionalausschuss Schnelsen

Fahrradstation muss bleiben

Hiobsbotschaft zum Jahresende: Die von der GAL in der Bürgerschaft, im Bezirk und im AstA angestoßene und 2004 eröffnete Fahrradstation an der Uni stand vor dem Aus, weil die Stadt ihr mit einem Schlag alle Ein-Euro-Jobs gestrichen hatte. Die Selbsthilfwerkstatt mit 10.000 Amateur-SchrauberInnen pro Jahr, die Weiterbildungschance für „schwer Vermittelbare“, die Meisterwerkstatt, der Fahrradverleih, das – Parkhaus mit 24/7-Chip-Zugang und Sondertarif für Studierende – alles stand auf dem Spiel. Die GAL-Fraktion Eimsbüttel und Till Steffen (verkehrspolitischer Sprecher in der Bürgerschaftsfraktion) haben mit dem Träger Einfal verhandelt, im Bezirk geworben und hoffen auf ein Einsehen des Senats: Der hat nun noch einmal 500 Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt; der Bezirk hat der Erhaltung von Ein-Euro-Jobs in der Fahrradstation in seiner Bedarfsmeldung hohe Priorität eingeräumt.

Fabian Klabunde ist verkehrspolitischer Sprecher der GAL-Fraktion Eimsbüttel

Impressum

Grün Aktuell ist die Publikation der GAL-Fraktion Eimsbüttel. Sie erscheint alle drei Monate.

Auflage: 3000 Stück

Herausgeber: Bezirksfraktion der GAL Eimsbüttel, Methfesselstr. 38, 20257 Hamburg, Tel.: 040/4014246
www.gal-eimsbuettel.de

Redaktion: Nadine Neumann (V.i.S.d.P.)
Mitarbeit: Thorsten Büchner, Volker Bulla, Simone Hentze-Orlikowski, Fabian Klabunde, Stefanie Könnecke, Andreas Reichel
Druck: Hamburger Digitaldruck
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SPD und GAL: „Bevölkerung beteiligen“

Neuer Vorplatz am Hoheluft-Bahnhof

Durch einen gemeinsamen Alternativantrag der GAL- und SPD-Fraktion Eimsbüttel wird es ein Bürgerbeteiligungsverfahren für die Neugestaltung des Hoheluft-Bahnhofs-Vorplatzes geben. Dazu Roland Seidlitz, Fraktionsvorsitzender der GAL-Fraktion: „Die Bürgerinnen und Bürger müssen mitgestalten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sie sich gerade an dieser Stelle aktiv einmischen wollen.“

Hintergrund: Am 26. Januar 2012 wurde der Alternativantrag von GAL und SPD verabschiedet, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes einzusetzen, in dem die Wünsche, Ideen, Anforderungen und Problemlösungsvorschläge von BürgerInnen



Initiierte gemeinsamen Antrag von GAL und SPD: Fraktionschef Roland Seidlitz

Foto: Archiv

formuliert und bewertet sowie der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Diese sollen die Grundlagen für die weiteren Planungen im Kerngebietsausschuss bilden, die wiederum mit den TeilnehmerInnen des Beteiligungsverfahrens rückgekoppelt werden sollen. Wie das

Beteiligungsverfahren konkret aussehen soll, wird im Hauptausschuss der Bezirksversammlung beschlossen. Der gemeinsame Antrag von GAL und SPD Antrag findet sich auch online unter der folgenden Adresse: galeimsbuettel.de/index.php

Willinks-Park in Lokstedt wird nicht bebaut

Aufgrund der naturschutzrechtlichen Bedenken sowie der Ausweisung als Bodendenkmalverdachtsfläche wird der Willinks-Park in Lokstedt dank eines gemeinsamen Antrags von GAL und SPD aus der Liste der Potentialflächen gestrichen, die zuvor im Wohnungsbauprogramm des Senats definiert wurden. Die Diskussion im Planverfahren haben gezeigt: An dieser Stelle vertragen sich Naturschutz und Wohnbebauung nicht. Ergebnis: Die Planungen sollen daher nicht weiterverfolgt, die wichtige Waldfläche erhalten bleiben.

Der Willinks-Park ist freilich kein öffentlicher Park. Entstanden ist die Fläche, die auf dem Rüttersberg liegt, 1823 als Park für das Landhaus des Kaufmanns Franz Mathias Mutzen-

becher. 1850 kaufte Carl Heinrich Willink das Anwesen und riss das „alte“ Landhaus zehn Jahre später ab, um eine neue Villa darauf zu bauen. Die wiederum wurde 1981 von den Nachfolgeeigentümern abgerissen. Seitdem hat sich die Natur das Gelände zurückerobert.

Der Rüttersberg (nicht zu verwechseln mit der Straße Rüttersberg) ist zudem eine so genannte Bodendenkmalverdachtsfläche. Es wird dort das einzige Hünengrab Hamburgs vermutet, das in schriftlichen Quellen bezeugt ist. Für GAL und SPD ein Grund mehr, eine Neubebauung zu verhindern.

Volker Bulla ist Sprecher für Stadtplanung der GAL-Fraktion Eimsbüttel